



Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	entschuldigt

**zusätzliches Mitglied**

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Herr Dennis Hohloch	AfD	nicht entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Ehrl	Bürgerbündnis-FDP	nicht entschuldigt
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt
Frau Stephanie Seidel	Behindertenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

**Schritfführer/in:**

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur und Sport

**Gäste:**

Frau Rademacher	FBL Bildung und Sport
Herr Weiberlenn	BL Bildung
Herr Gessner	BL Sport
Herr Richter	KIS
Herr Dörnbrack	Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel
Frau Trapkowski	Kreisschulbeirat
Herr Kobler	Kreiselternerat
Frau Frevert	Kreislehrerrat
Frau Dr. Laukart	SB Bildungsmanagement
Herr Wilsdorf	SB Bildungsmonitoring
Herr Tölke	FBL Kinder, Jugend und Familie
Frau Ukrow	Jugendhilfeplanerin

Herr Böhme	Koordinator Jugendhilfe / Schule / Familie
Frau Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Riedt	Kobra.net

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Projekt "Türöffner- Zukunft Beruf" für die Landeshauptstadt nutzen  
Vorlage: 17/SVV/0040  
Fraktion SPD, CDU/ANW  
JHA, B/Sp. (ff)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Vorstellung des Bildungsbüros
- 5.2 Berichterstattung zur Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis  
2019 gem. 14/SVV/0632
- 6 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.01.2017
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen  
Vorlage: 16/SVV/0403  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
GSI, K/W (ff)
- 7.2 Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/  
Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung  
Vorlage: 16/SVV/0657  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff), KOUL, WA KIS

- 8            Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1        Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)
- 8.2        Berichterstattung Freizeitwiese mit öffentlichem Zugang zum Wasser in  
Potsdam-West gem. 16/SVV/0472
- 9            Sonstiges
- 9.1        Verfahren Haushaltsberatung
- 9.2        Eröffnung einer dritten 1. Klasse an der Regenbogenschule
- 9.3        Kriterium Wohnortnähe im Übergang von der 6. zur 7. Klasse
- 9.4        Erstes Steuerungsgruppentreffen "Bildung integriert"
- 9.5        Kunstausstellung der Lenné-Gesamtschule
- 9.6        Nächste Ausschusssitzungen

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1        Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzenden, Herrn Clemens Viehrig und Herrn David Kolesnyk.

#### **zu 2        Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Viehrig** stellt für beide Ausschüsse die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses anwesend.

Zu Beginn der Sitzung sind sechs stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport anwesend. Somit sind beide Ausschüsse beschlussfähig.

Es gibt keine Änderungswünsche zur gemeinsamen Sitzung.

### zu 3 **Gesamtkonzept Schule - Jugendhilfe**

**Herr Kolesnyk** bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes für Herrn Riedt (Kobra.net)

Der Erteilung des Rederechts wird mehrheitlich zugestimmt.

**Herr Böhme** (FB Kinder, Jugend und Familie) gibt eine kurze Einleitung und verweist dabei auf die vier Handlungskonzepte. Er weist darauf hin, dass die letzte gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse am 17.01.2007 stattgefunden habe. Er stellt die Lenkungsgruppe vor, die 5- bis 6mal jährlich tagt und benennt die Mitglieder.

Anschließend stellt er anhand einer Präsentation (Anlage 1) die Kooperations-Aktivitäten vor.

**Frau Elsaßer** (FB Kinder, Jugend und Familie) gibt einen Sachstandsbericht zum Handlungskonzept Übergangsportfolio Kita - Grundschule. Sie informiert, dass es eine Mitwirkung von 7 Kitas bzw. Horten sowie 4 Grundschulen gab.

Anschließend stellt sie den Ablauf vor und geht auf die Zielstellungen ein. Sie macht dabei deutlich, dass es zum Übergangsportfolio bei den Beteiligten sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung gäbe. Ein Instrument zur besseren Übergangsgestaltung aber grundsätzlich als sinnvoll empfunden werde. Es wurde festgestellt, dass Kooperationen zwischen Grundschulen und Kitas standortbezogen auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen weiterentwickelt werden sollten. Dazu sollen allen Beteiligten die vorhandenen Instrumente zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinsam mit allen Akteuren soll nun beraten werden, wie und an welcher Stelle weitergemacht werden solle.

**Frau Reisenweber** (FB Kinder, Jugend und Familie) geht auf das Handlungskonzept Schule – Jugendförderung ein und gibt zunächst einen Überblick über den Ist-Stand. Dabei macht sie deutlich, dass die Schulen noch nicht alle schulbezogenen Jugendhilfeleistungen nutzen würden.

Sie stellt das Kommunale Förderprogramm PLS (Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem) vor. Der Beginn des Projektes erfolgt im September 2017. Die jährliche Fördersumme beträgt 300 TEUR. Die Fördersäulen entsprechen dem BuT (Bildungs- und Teilhabepaket). Sie weist darauf hin, dass die Stellenausschreibung jetzt gestartet wird.

**Herr Tölke** (FB Kinder, Jugend und Familie) erläutert das Handlungskonzept Schulsozialarbeit und weist darauf hin, dass die Lenkungsgruppe einen Kriterienkatalog entwickelt habe. Er gibt einen Überblick über die Schulen, an denen Schulsozialarbeiter eingesetzt sind. Weitere 5 Standorte kommen zum Schuljahr 2017/2018 dazu. Ziel sei es, bis 2023 eine Komplettversorgung an allen Schulen mit Schulsozialarbeitern sicher zu stellen.

**Frau Reisenweber** gibt Erläuterungen zum Handlungskonzept Schule - Hilfen zur Erziehung und geht dabei Zusammenarbeit der Hilfen zur Erziehung an den Schnittstellen zu Schule, Schulsozialarbeit, Kita und Jugendsozialarbeit ein. Im Hilfeplan sei eine systematische Erfassung und Beschreibung dieser Schnittstellen vorgesehen. Auch Themen wie Schulverweigerung und Verdachtsfälle „Kindeswohlgefährdung“ sind Bestandteil des Handlungskonzeptes.

Abschließend geben **Herr Tölke** und **Herr Dörnbrack** ein kurzes Zwischenfazit zum Arbeitsstand. Es wird darauf verwiesen, dass sich der Beirat Schule –

Jugendhilfe im September 2016 konstituiert und zwischenzeitlich dreimal getagt habe. Die Förderrichtlinie für das PLoS-Programm sei am 01.01.2017 in Kraft getreten und wurde in allen Schulen bekannt gemacht und den Schulleitenden vorgestellt. Es gelte auch für die freien Schulen. In der nächsten Beratung der Schulleitenden werde Herr Dörnbrack noch einmal für die Teilnahme am Programm werben. Die Fachgruppe Schulsozialarbeit sei im Handlungskonzept festgeschrieben. Aus jeder Schulform werden Vertreter der einzelnen Schulformen entsandt – für die Grundschulen: Frau Goldberg, für die Oberschulen: Frau Bahr, für die Gymnasien: Frau Thorak, für die Gesamtschulen: Frau Schmollack, für die Oberstufenzentren: Herr Hähle, für die Förderschulen: Frau Lehmann.

**Herr Tölke** betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam das gute Gelingen des Konzeptes zum Anlass nimmt, sich gemeinsam mit dem Stadtjugendring und den freien Trägern auf dem 16. Deutschen Jugendhilfetag am 27. – 30.03.2017 in Düsseldorf zu präsentieren.

**Herr Dörnbrack** teilt mit, dass standardmäßig die jährliche Auswertung der Arbeit der Schulsozialarbeit erfolgen soll. Jetzt muss das Konzept belebt und in der Praxis umgesetzt werden. Abschließend informiert er, dass es am 07.03.2017 ein Treffen der Schulleitenden mit der Kinderschutzbeauftragten geben werde.

**Herr Tölke** weist darauf hin, dass bisher bereits einiges erreicht wurde. Das erarbeitete Konzept ist nicht statisch, sondern ein permanenter Prozess.

**Herr Ströber** erinnert an den Prüfauftrag aus dem Jahr 2013, an allen Schulen Schulsozialarbeit zu installieren. Dieser muss angegangen werden.

**Herr Wollenberg** nimmt Bezug auf den Stellenplan und weist darauf hin, dass mit dem Gesamtkonzept auch die Koordinierung und Verteilung auf die Fachbereiche festgelegt war. Zu Beginn sei eine Viertelstelle beim Fachbereich Bildung und Sport eingerichtet. Er fragt, wie dies perspektivisch geplant werde.

**Frau Rademacher** (FB Bildung und Sport) erklärt, dass die Stellenbesetzung hier bisher nicht erfolgt sei. Derzeit sei die Aufgabe zusätzlich an eine Stelle „Schulorganisation“ angebunden. Sie entgegnet, dass die Stelle auch für 2018 im Stellenplan nicht vorgesehen sei, der Bedarf bestehe bereits in 2017.

**Frau Dr. Müller** weist darauf hin, dass sich der Jugendhilfeausschuss bereits intensiv mit dem Übergang Kita - Schule befasst habe. Sie fragt, was von den gewonnenen Erkenntnissen hier verwendet wurde und wo die gravierenden Ergebnisse zu dem liegen, was jetzt erarbeitet wurde.

**Frau Elsaßer** antwortet, dass in beiden Systemen viele Informationen vorliegen. Jetzt muss der Prozess betrachtet werden. Sie betont, dass alles in angemessenem Rahmen berücksichtigt werde.

**Herr Schmolke** spricht das Handlungskonzept Schule-Jugendförderung an und betont, dass er das PLoS-Programm gut finde. Er macht aber deutlich, dass er den Eindruck habe, dass es ein Konstruktionsfehler sei, dass für die Jugendförderung hier keine Verwaltungsarbeit eingestellt seien. In der Förderrichtlinie stehe, dass die Träger Kooperationspartner sein können, die gefördert werden. Er fragt, ob hier regelgeförderte oder projektgeförderte Träger gemeint seien. Des Weiteren bittet er um Auskunft, ob im Startjahr die

Antragsfrist auf den 30.04. geschoben werden könne. Er fragt auch, ob eine Schule auch mehrere Projekte durchführen könne.

In der sich anschließenden Diskussion wird hervorgehoben, dass sich die Schulen für die Jugendhilfe öffnen sollen. Antragsberechtigt seien die Schulen. Die jeweilige Schule entscheide, welches Angebot sie annehmen möchte, eine Schule könne auch mehrere Projekte durchführen. Eine Verlängerung der Antragsfrist sei zunächst nicht vorgesehen. Es solle zunächst abgewartet werden, wie viele Anträge bis zum 31.03.2017 vorliegen.

Anschließend bedankt sich Herr Tölke bei Herrn Riedt von kobra.net für die gute fachliche Begleitung.

**Herr Riedt** (kobra.net) betont, dass die Durchführung der Erprobung des Übergansportfolios Kita - Grundschule sehr wichtig und erfolgreich war. Die Strukturen der Abstimmung seien ebenfalls sehr wichtig. Durch den kontinuierlichen Dialog seien schnelle Reaktionen möglich. Er weist darauf hin, dass die Vorstellung des Konzeptes durch den Jugendamtsleiter und einen Schulrat einzigartig sei und zeigt, dass hier übergreifend gearbeitet wurde. Er bittet um Geduld bei Schwierigkeiten, die zu bewältigen wären.

**Herr Schubert** spricht Herrn Tölke und seinen Kolleginnen sowie Herrn Dörnbrack seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

#### zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1 **Projekt "Türöffner- Zukunft Beruf" für die Landeshauptstadt nutzen**

**Vorlage: 17/SVV/0040**

Fraktion SPD, CDU/ANW

**Herr Kolesnyk** bringt den Antrag ein und begründet diesen.

**Frau Dr. Magdowski** erinnert an den Bericht von Herrn Prof. Lauterbach im Ausschuss für Bildung und Sport am 15.11.2016. Sie informiert, dass der Projektantrag dem Oberbürgermeister zur Unterschrift vorgelegt und somit dem vorliegenden Antrag Rechnung getragen werde.

**Herr Otto** fragt, wo die Koordinierungsstelle angebunden sei und wie viele Stellen diese beinhalte.

**Frau Dr. Magdowski** teilt mit, dass dafür im Fachbereich Bildung und Sport zwei Stellen beantragt werden. Die Besetzung der Stellen soll zum Sommer 2017 erfolgen.

**Herr Kolesnyk** stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport und der Jugendhilfeausschuss empfehlen der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Landeshauptstadt Potsdam einen Förderantrag für eine „Lokale Koordinierungsstelle“ im Rahmen des Programmes „Türöffner – Zukunft Beruf“ bei der Investitions- und Landesbank des Landes Brandenburg stellt.

**Abstimmungsergebnis Ausschuss für Bildung und Sport:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**Abstimmungsergebnis Jugendhilfeausschuss:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

Die Drucksache wird **ungeändert beschlossen**.

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Vorstellung des Bildungsbüros**

**Frau Dr. Laukart** (Bildungsmanagement) und **Herr Wilsdorf** (Bildungsmonitoring) stellen mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 2) das Programm „Bildung integriert“ vor. sich als Mitarbeitende des Bildungsbüros der LHP vor.

**Frau Dr. Laukart** gibt einen Überblick über die Eckdaten des Programms, das im November 2016 mit einer Laufzeit von 3 Jahren startete.

Sie verweist auf die Positionspapiere des Deutschen Städtetages und macht darauf aufmerksam, dass Bildung ein ämterübergreifendes Thema sei. Ziel sei der Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements. Es soll eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe gebildet und Kooperationsvereinbarungen mit externen Akteuren geschlossen werden. Des Weiteren sei auch eine Bürgerbeteiligung in Form einer Bildungskonferenz geplant, darüber hinaus auch thematisch fokussierte Arbeitsgruppen.

**Herr Wilsdorf** gibt Erläuterungen zum Bildungsmonitoring und erklärt eingangs die Aufgaben des Bildungsmonitorings. Für die Zusammenführung bildungsbezogener Datenbestände werde eine Bürgerumfrage folgen. Abschließend sollen die Ergebnisse in einem Bildungsbericht veröffentlicht werden, welcher Grundlage für die Arbeit der Gremien sein wird.

Frau Dr. Laukart geht anschließend auf die organisatorische Anbindung des Bildungsbüros ein, welches an den Fachbereich Bildung und Sport angebunden sei.



**Frau Dr. Schröter** fragt, welche Rolle die kulturelle Bildung spiele.

**Frau Laukart** betont, dass dies ein wichtiges Themenfeld sei, das mit Sicherheit in den Bildungsbericht aufgenommen werde.

**Herr Sima** fragt, wie die Steuerung der vorhandenen Angebote erfolge.

**Frau Dr. Laukart** verweist auf die aufsuchenden Familienhelfer.

Diese sollen die Eltern bei der Auswahl an Bildungsangeboten unterstützen. Bei schwer erreichbaren Familien muss überlegt werden, wie diese vor Ort angesprochen werden können.

## **zu 5.2      Berichterstattung zur Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019 gem. 14/SVV/0632**

**Herr Richter** (Kommunaler Immobilien Service) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 3) den Stand der Entwicklung des Sanierungsbedarfes vor und macht dabei deutlich, dass die Investitionsplanung keine Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeit vorsehe. Hier seien nur kleinteilige Maßnahmen zur Erhaltung des Status Quo geplant.

**Herr Liebe** sieht durchaus Sanierungsbedarf bei den Jugendeinrichtungen. Er bittet um Erläuterung, was zu kleinteiligen Reparaturen zähle.

**Herr Richter** bestätigt, dass bei vielen Jugendeinrichtungen grundhafter Sanierungsbedarf bestünde, der kommunalrechtliche Nachweis der Unabweisbarkeit als Finanzierungsvoraussetzung jedoch fehle. Derzeit würden ausschließlich Sanierungen im Kita-Bereich erfolgen. Darüber hinaus gäbe es keine Möglichkeit der Erhöhung der Kredite. Deshalb sei es in den Jugendklubs nur möglich, dringende Reparaturen durchzuführen.

**Herr Schubert** informiert, dass der Träger des Hortes der Grundschule in der Waldstadt signalisiert habe, dass er nicht in der Lage ist, den provisorischen Bau zu errichten. Die Baumaßnahmen werden jetzt mit Hochdruck durch die LHP durchgeführt, um für das kommende Schuljahr eine Lösung herbeiführen zu können.

**Damit endet die gemeinsame Sitzung um 18:45 Uhr.**

## **zu 6            Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.01.2017**

**Herr Viehrig** verlässt um 18:50 Uhr die Sitzung. **Herr Keller** übernimmt die Sitzungsleitung.

Beginn der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport ist um 19:00 Uhr.

**Herr Keller** stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind fünf stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.01.2017 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

## **zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 7.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen**

**Vorlage: 16/SVV/0403**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Frau Naundorf** erklärt, dass die Drucksache bis zur Einstellung des Bildungskordinators - Anfang April - bis zur Ausschusssitzung am 18.04.2017 zurückgestellt werden solle.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise **zu**.

### **zu 7.2 Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung**

**Vorlage: 16/SVV/0657**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

**Frau Rademacher** und **Herr Weiberlenn** weisen darauf hin, dass ein abschließendes Votum des Ausschusses noch nicht getroffen wurde. Der Standort sei bereits ausführlich in der AG Schulentwicklungsplanung diskutiert worden. Der Standort Uhlandstraße habe keinen Anklang gefunden und sollte daher abgelehnt werden.

**Herr Keller** stellt die Drucksache zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>0</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

Die Drucksache wird **abgelehnt**.

## **zu 8            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 8.1        Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)**

**Herr Keller** informiert, dass Herr Richter im Jugendhilfeausschuss anwesend sei. Daher werde die Präsentation (Anlage 4) dem Protokoll beigefügt.

### **zu 8.2        Berichterstattung Freizeitwiese mit öffentlichem Zugang zum Wasser in Potsdam-West gem. 16/SVV/0472**

**Herr Gessner** berichtet, dass eine Prüfung des betreffenden Uferstreifens unter Einbeziehung der Bereiche Stadtplanung und Stadtentwicklung erfolgt sei. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die in Frage kommenden Prüfstandorte – sogenanntes Momper-Grundstück und Landspitze Ingenheim - ungeeignet seien. Die Landspitze Ingenheim gilt als nicht ausbaufähig. Das Momper-Gelände erweise sich als ungünstig aufgrund der vorgesehenen Gewerbenutzung, der hohen Kaimauer im Uferbereich als auch des Schiffsverkehrs. Beide Gebiete befinden sich im Eigentum Dritter.

Lediglich das Gelände am Luftschiffhafen bzw. Pirschheide käme möglicherweise in Betracht. Dieses soll im Zuge der momentan in Bearbeitung befindlichen Masterplanung Seekrug/ Pirschheide untersucht werden.

## **zu 9            Sonstiges**

### **zu 9.1        Verfahren Haushaltsberatung**

**Frau Dannenberg** erkundigt sich zum Ausgang der Haushaltssitzung im ABS, da keine Beschlüsse aus dem letzten Protokoll zu entnehmen waren.

**Frau Dr. Magdowski** entgegnet, dass eine Beschlussfassung nur im Finanzausschuss getroffen werde.

### **zu 9.2        Eröffnung einer dritten 1. Klasse an der Regenbogenschule**

**Frau Lange** berichtet, dass im Rahmen der Schulanmeldung bekannt wurde, dass ca. 100 Anmeldungen vorlägen, jedoch nur die Hälfte an freien Schulplätzen vorhanden sei. Sie erkundigt sich, ob die Errichtung einer dritten 1. Klasse realisierbar sei. Auch solle geprüft werden, inwieweit eine längerfristige Lösung durch beispielsweise Container geschaffen werden könnte.

**Frau Dr. Magdowski** führt aus, dass sie hierzu erst heute Vormittag über die Problematik der Übernachtfrage an Schulplätzen an der Regenbogenschule erfahren hätte. Sollte sich die Übernachtfrage in weiteren Verfahren bestätigen,

kann sich die Notwendigkeit der Eröffnung einer weiteren Klasse ergeben. Diese würde die Erweiterung der Hortkapazität nach sich ziehen. Nach Aussage des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie sind am Standort der Regenbogenschule Fahrland keine zusätzlichen Hortkapazitäten verfügbar. Insofern ist in diesem Fall eine Verständigung zur Lösungsfindung zwischen dem Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel, dem Schulträger, dem Jugendamt und dem Hortträger erforderlich.

Sie schlägt eine Berichterstattung für die März-Sitzung vor. Bis dahin sollen Lösungsmöglichkeiten überprüft werden.

**Herr Weiberlenn** ergänzt, dass es hierzu bereits heute Gespräche mit dem Hortträger geführt habe. Es bestünde die Möglichkeit einer Doppelnutzung der Schulräume auch für den Hortbetrieb, jedoch müsse man hierfür eine Genehmigung durch das MBS einholen.

Auch ihn habe erst heute Nachmittag diese Problematik erreicht. Es gäbe eine Pressemitteilung, sodass die Eltern zunächst einmal informiert werden. Das Aufnahmeverfahren sei noch nicht abgeschlossen. Die Ausgleichskonferenz tage erst im Mai.

So sich dann die Übernachtfrage bestätigt, käme die Zügigkeitserhöhung in Frage.

**Herr Dörnbrack** habe ebenfalls erst heute von der Situation an der Regenbogenschule erfahren. Auch im Staatlichen Schulamt werde man sich kümmern.

**Frau Lange** gibt zu bedenken, dass die verunsicherten Eltern ihre Kinder nun verstärkt auch an den freien Schulen anmelden würden, um einen Schulplatz vor Ort abzusichern. Sie erkundigt sich, wie die Verwaltung hiermit umgehen werde.

**Herr Dörnbrack** entgegnet, dass die Wahl der Schule für jeden freigestellt sei. Ein überstürztes Handeln sei nicht erforderlich.

Man verständigt sich auf eine Berichterstattung am 21.03.2017. Der Schulträger solle gemeinsam mit dem Jugendamt und dem Hortträger die Errichtung eines dritten Zuges überprüfen.

### **zu 9.3 Kriterium Wohnortnähe im Übergang von der 6. zur 7. Klasse**

**Frau Krause** erkundigt sich, ob das Kriterium der Entfernung vom Wohnort für die Schulaufnahme von der 6. zur 7. Klasse noch gelte, oder ob dies bereits angepasst wurde.

**Herr Dörnbrack** entgegnet, dass eine Änderung im Brandenburgischen Schulgesetz noch nicht erfolgt sei.

### **zu 9.4 Erstes Steuerungsgruppentreffen "Bildung integriert"**

**Herr Keller** berichtet, dass das erste Steuerungsgruppentreffen am 28.02.2017 stattfinden werde. Da Herr Viehrig verhindert sei, werde er an diesem Termin teilnehmen.

Er schlägt vor, in der nächsten Ausschusssitzung im März eine Wahl zu halten, welches Mitglied - auch sachkundige Einwohner - aus dem Bildungsausschuss benannt werden soll. Er bittet um Vorschläge, welche an Frau Heidrich bis zur Ausschusssitzung gesandt werden können.

#### **zu 9.5      Kunstausstellung der Lenné-Gesamtschule**

**Herr Keller** und **Frau Rademacher** informieren, dass ab dem 20.03.2017, 17:00 Uhr im Haus 10 Arbeiten zum Thema „Das bin ICH“ vom Kunstkurs AEN der Lenné-Gesamtschule ausgestellt werden. Sie lädt die Ausschussmitglieder recht herzlich zur Ausstellungseröffnung ein. Die Flyer werden derzeit noch erstellt, sollten jedoch voraussichtlich Ende Februar/Anfang März vorliegen und würden dann den Ausschussmitgliedern zugesandt.

#### **zu 9.6      Nächste Ausschusssitzungen**

**Herr Keller** weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächsten Ausschusssitzungen jeweils in verschiedenen Räumlichkeiten stattfinden werden:

21.03.2017: Grundschule „Am Priesterweg“ (ab 17:00 Uhr Führung durch das Schulgebäude)

18.04.2017: Stadthaus, Raum 1.077